

## **Diktat aus Bern zur Abstimmung am 21. Mai**

Gleich, wie bei der EWR-Abstimmung 1992, wird bei den bilateralen Verträgen das Stimmvolk vom Bundesrat, den Parteien, von führenden Kreisen der Wirtschaft, den Gewerkschaften, kleineren und grösseren Organisationen, der Mehrheit der Medien und vieler massgebender Persönlichkeiten des Landes unter Druck gesetzt. Kein Wunder, dass als Ergebnis dieser breit angelegten Pro-Kampagne ein grosses Mehr (über 75%) der Ja-Stimmen prognostiziert wird. Ja, diesmal wird das "ganze Paket drauf gelegt", um dem Stimmvolk klipp und klar zu sagen, was es zu stimmen habe! Revanche für das Nein zum EWR?

Beim Abschluss der "Bilateralen" waren sich alle einig, sie seien materiell nicht gut. Sogar alt Bundesrat Cotti pflegte zu sagen, die Verträge seien das, was bei der starken EU herauszuholen war; man müsse damit leben, aber ihr grosser Vorteil sei, damit einen entscheidenden Schritt in Richtung EU zu machen. Zudem werde Zeit zu einer Denkpause über das weitere Vorgehen gewonnen. Vage deutete er eine Art Moratorium inbezug auf den Beginn der Beitrittsverhandlungen an, gleich wie das heute von Bundesrat Couchepin getan wird. Natürlich bleibt für beide das strategische Ziel nach wie vor der Beitritt.

Wenn schon Moratorium, dann hätte dieses im Abstimmungsbeschluss klar definiert und inbezug auf den Zeitrahmen verbindlich festgelegt werden dürfen. Schon allein wegen der Glaubwürdigkeit der führenden Kreise. Stattdessen ist auf einmal - und in diesem Sinne ist ein Pressegespräch von Bundesrat Couchepin in Basel vom 5. April aufschlussreich - von einer zweiten, allenfalls sogar dritten Serie bilateraler Verträge die Rede. Zudem wären allfällige Beitrittsverhandlungen intern so vorzubereiten, damit nach dem Ja am 21. Mai mit der Annäherung an die EU vorwärts gemacht werden kann. Und Rosinenpickerei, verlautet aus Brüssel, gäbe es diesmal nicht - weder bei einer zweiten noch dritten Serie bilateraler Verträge mit saftigen Brocken wie eine Steuerharmonisierung (Erhöhung

der Mehrwertsteuer auf 15%), weiterer Massnahmen zur Herstellung einer vollen Wettbewerbsgleichheit, Gleichschaltung der schweizerischen Asylpolitik mit derjenigen der EU nach dem Prinzip, den finanzstarken Ländern die Hauptlast dafür aufzubürden usw. usf.

Vielleicht wird jetzt den StimmbürgerInnen klar, warum, trotz einem angeblich sicheren Ja soviel Propaganda für die "Bilateralen" gemacht wird. Es geht eben um viel mehr, nämlich **sofort** (solange das Eisen heiss ist), mit weiteren Serien bilateraler Verträge weiterzumachen, offizielle Beitrittsverhandlungen aufzunehmen oder gar beides parallel zu führen für den Fall, dass das Volk bei der einen oder anderen Variante aufmucken sollte.

Voraussetzung ist allerdings, es werde nach dem Ja am 21. Mai dazu nicht zu spät sein. Das auf Grund dieser Verträge, zusammen mit dem seit dem Nein zum EWR als **Swisslex** in der Schweiz geltende Gemeinschaftsrecht würde nämlich alsdann gut über 50% des für einen Beitritt, insbesondere eine volle Beteiligung am grossen Markt massgebenden materiellen EU-Rechts erreichen. Diese kalte Integration würde somit bei einem Ja am 21. Mai den "point of no return" erreichen: Die Schweiz wäre im Gestrüpp des komplizierten und schwer überblickbaren EU-Rechts derart verstrickt, dass sie gar nicht mehr frei entscheiden könnte.

Bei all dem kommt sich der einfache StimmbürgerInnen irgendwie verraten und verkauft vor. Schlimmer ist noch das Gefühl, für unfähig gehalten zu werden, wichtige politische Fragen entscheiden zu können. Neuerdings wird ihm gesagt, was er zu stimmen habe und wenn er das nicht verstehen will, dann wird ihm Angst gemacht mit den Folgen seines Entscheids, er wird sogar von Bundesrat Couchepin und vielen anderen als "schlechten Patrioten" betitelt. Was ist das für eine Demokratie, in welcher die gewählten Behörden und Vertreter, dem Stimmvolk diktieren, was es zu stimmen habe?